

# >Mit bloßen Geheimdienst-Reformen ist es nicht getan<

*Rolf Gössner fordert gesellschaftliche Debatte  
über das Problem ausufernder Überwachung*

**“Hukuk Devletinde İşler Böyle Yürümez”**

**Perspektif**

**- Interview mit Dr. Rolf Gössner**

[Meltem Kural](#) Ocak 2016



*Dr. Rolf Gössner*

***Wofür brauchen Staaten Überwachungssysteme und wer wird überwacht?***

Diese recht allgemeine Frage kann ich zunächst nur allgemein beantworten. Staatliche Überwachungssysteme der Polizei und Geheimdienste dienen mehreren Zwecken: der Gefahrenvorsorge und –abwehr, der Straftatenverhütung sowie Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung, der Aufklärung von Straftaten und der Strafverfolgung mutmaßlicher Täter, aber auch der Regierungs- und Wirtschaftsspionage sowie der Überwachung politisch Oppositioneller, „Extremisten“ oder vermeintlicher Staats- und Verfassungsfeinde.

Das heißt: Überwachungssysteme dienen auch dazu, Kommunikation und Gesinnungen zu kontrollieren sowie Meinungsfreiheit zu beschneiden, „verdächtige“ Netzwerke, Szenen und Parteien zu infiltrieren, politische Konflikte, soziale Unruhen und militante Aufstände zu bekämpfen oder geopolitische und militärische Interessen zu verfolgen. Ob all dies auch politisch, rechtsstaatlich und menschenrechtlich vertretbar ist, steht auf einem anderen Blatt.

***Über 38 Jahre lang wurden Sie vom deutschen Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ beobachtet. Sie haben gegen Ihre Überwachung geklagt und Recht bekommen.***

***Was kann man aus Ihrer Geschichte über Arbeit und Versagen der Geheimdienste lernen?***

Mit diesem rekordverdächtigen Überwachungsfall bekommt man tatsächlich ein Lehrstück in Sachen Staatskunde und Geheimdienste geliefert. Etwa wie der „Verfassungsschutz“ publizistische Staats- und Gesellschaftskritik mit Verfassungsfeindlichkeit verwechselt und über Jahrzehnte verbissen daran festhält. Wie also der „Verfassungsschutz“ zum angeblichen Schutz der Verfassung diese Verfassung selbst verletzt – offenbar ohne dabei kontrolliert zu werden.

Meine Überwachungsgeschichte und der Gerichtsprozess haben über den Einzelfall hinaus grundsätzliche Bedeutung - besonders für Publizisten, Anwälte und Menschenrechtler: Denn Berufsgeheimnisse, also die verfassungsrechtlich geschützten Vertrauensverhältnisse zwischen Anwalt und Mandant, zwischen Journalist und Informant sind unter den Bedingungen geheimdienstlicher Überwachung nicht mehr zu gewährleisten.

Im Übrigen war es für mich schon mehr als erschreckend, mit welcher ideologischen Verbissenheit und Ausdauer der VS mich und meine Bürgerrechtsarbeit ununterbrochen über Jahrzehnte hinweg beobachtet hatte,

während sich *andererseits* Neonazis und rechter Terror fast unbehelligt entwickeln und ihre Blutspur durch die Republik ziehen konnten.

***Das Bekanntwerden der NSU-Mordserie und der Verstrickung des „Verfassungsschutzes“ in rechtsextreme Szenen war ein Schock für alle. Welche Rolle haben Ihrer Einschätzung nach die Geheimdienste hierbei gespielt?***

Die langjährige Nichtaufklärung der NSU-Mordserie und die Ausblendung ihres rassistischen Hintergrunds sind Belege dafür, dass der „Verfassungsschutz“, aber auch die Polizei grandios versagt haben. Das waren nicht nur Pannen, nein, da waren ideologische Scheuklappen und institutioneller Rassismus im Spiel, die zu Ignoranz und systematischer Verharmlosung des Nazispektrums führten – begünstigt durch eine einseitig gegen Links- und Ausländerextremismus sowie Islamismus ausgerichtete Sicherheitspolitik. Der „Verfassungsschutz“ war mit vielen seiner V-Leute – also staatlich bezahlten Nazi-Aktivisten, Rassisten und Gewalttätern - hautnah dran an den mutmaßlichen Mördern, ihren Kontaktpersonen und Unterstützern. Trotz dieser geheimen Informanten will er so gut wie nichts mitbekommen haben – sehr unglaubwürdig.

Über sein dubioses und kriminelles V-Leute-System verstrickt sich der „Verfassungsschutz“ heillos in kriminelle Machenschaften der Naziszenen. Zusammenfassend kann man sagen: Er hat diese Szenen über seine bezahlten V-Leute letztlich mitfinanziert, rassistisch geprägt, gegen polizeiliche Ermittlungen geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwächen. Damit ist er selbst Teil des Neonazi-Problems geworden, konnte jedenfalls kaum etwas zu dessen Lösung beitragen.

***Sie halten Geheimdienste generell für nicht vereinbar mit der Demokratie. Inwiefern widersprechen die Aktivitäten der Geheimdienste dem Grundgesetz?***

Geheimdienste sind Fremdkörper in der Demokratie: Sie widersprechen demokratischen Grundprinzipien, weil sie weder transparent noch kontrollierbar sind. Auch in Demokratien neigen Geheimdienste deshalb zu Verselbstständigung und Machtmissbrauch, gefährden Bürgerrechte und Rechtsstaat, wie ihre Geschichte und Praxis zeigen. NSU-Skan-

dal, NSA-BND-Massenüberwachungen und ausufernde Wirtschaftsspionage sind neue Belege für diesen Trend zum Staat im Staate.

Sobald Geheimdienste ihre Finger im Spiel haben, bleibt gerade die Aufklärung ihrer Machenschaften regelmäßig auf der Strecke. Denn ihr Geheimhaltungssystem - zum Schutz von V-Leuten, Verdeckten Ermittlern, ihrer geheimen Methoden – wirkt bis hinein in Justiz und Parlamente und torpediert jeden Ansatz von Kontrolle. Das zeigen auch die Versuche zur Aufarbeitung der NSU- und NSA/BND-Skandale in aller Deutlichkeit. Im Übrigen erfolgt die reguläre parlamentarische Kontrolle von Geheimdiensten ihrerseits im Geheimen, also wenig demokratisch; und Gerichtsprozesse, in denen etwa V-Leute eine Rolle spielen, werden wegen des alles dominierenden „Quellenschutzes“ tendenziell zu Geheim-Verfahren - mit geschwärtzten Akten und gesperrten Zeugen. Rechtsstaatlichkeit sieht anderes aus.

***Edward Snowdens Enthüllungen belegen die weltweiten Überwachungs- und Spionagepraktiken westlicher Geheimdienste. Sind die Dimensionen dieser Geheimdienstpraxis für die Zivilgesellschaft überhaupt noch vorstellbar?***

Nur sehr schwer, müssen wir uns doch mit Praktiken und Strukturen auseinandersetzen, die gravierende Auswirkungen haben auf ganze Bevölkerungen und ihre Bürger, auf Gesellschaften und Staaten, auf ihre Politik und Wirtschaft, auf die Substanz von Grund- und Bürgerrechten sowie auf Bewusstsein und Verhalten der Menschen. Eine bislang unvorstellbare Dimension geheimdienstlicher Überwachung, die Milliarden von Menschen in aller Welt betrifft.

Die rasante Entwicklung der Informationstechnologie machte diese nationale Grenzen sprengende Überwachungsdimension erst möglich. Wir stehen vor einer gewaltigen Herausforderung, die uns das digitale Zeitalter in einer globalisierten Welt aufbürdet: Was sind Datenschutz und Privatsphäre, Meinungs- und Pressefreiheit, die Grundrechte auf Kommunikationsfreiheit und Informationelle Selbstbestimmung eigentlich noch wert unter den Bedingungen von BigData, automatisierter Totalüberwachung und digitaler Durch-

dringung ganzer Gesellschaften? Können sich Staaten und ihre Bürger dagegen noch wirksam schützen? Das sind die großen Fragen und Probleme, auf die wir Antworten finden müssen.

***Der "Krieg gegen den Terror" läuft seit 9/11 weltweit auf Hochtouren. Jetzt hat sich herausgestellt, dass der BND in Kooperation mit dem US-Geheimdienst NSA jahrelang Massenspionage betreibt. Ist der Terror der ausschlaggebende Faktor bei dem heutigen Überwachungswahn?***

Wohl kaum, denn in diesem globalen Cyber- und „Informationskrieg“ geht es nicht allein um Terrorbekämpfung. Im Kern dürfte es vielmehr um die Sicherung geopolitischer, ökonomischer, militärstrategischer Interessen in einer unsicheren Welt gehen - letztlich um präventive Vormacht- und Herrschaftssicherung in Zeiten verschärfter ökonomischer Krisen, sozialen Niedergangs, drohender Rohstoffknappheit und wachsender „Flüchtlingsströme“.

***Ist das "Ich habe nichts zu verbergen"-Argument eine vernünftige Antwort auf die staatliche Massenüberwachung? Wenn wir nichts zu verbergen haben, sind wir dann auf der sicheren Seite?***

Nein, dieses „Argument“ ist einfältig und gefährlich. Doch nach Snowdens Enthüllungen wirken viele Menschen eher besorgt angesichts der geheimdienstlichen Ausforschung ihres Kommunikationsverhaltens. Weil aber alle gleichermaßen betroffen scheinen, fühlt man sich in einer Art auswegloser Schicksalsgemeinschaft. Es fehlt das Bewusstsein individueller Betroffenheit mit persönlichen Auswirkungen, weil man ja nichts spürt. Die digitale Durchleuchtung der Privatsphäre und ganzer Gesellschaften ist zwar unheimlich, wirkt aber abstrakt, erzeugt Ohnmachtsgefühle und Resignation. Dabei macht sie alle Betroffenen millionenfach zu „Verdächtigen“, unterhöhlt die Unschuldsvermutung, führt zu massenhafter Verletzung von Persönlichkeitsrechten, stellt verbrieft Grundrechte, ja die Demokratie insgesamt in Frage.

Deshalb brauchen wir eine breite gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit sensiblen Personendaten, über den Wert von Privat- und

Intimsphäre und über das Problem ausufernder Überwachung in einer Gesellschaft, die sich als freiheitlich, offen und demokratisch versteht.

***Der ehemalige NSA-Chef Michael Hayden sagte, westliche Geheimdienste müssten transparenter werden. Würde das den Strukturen eines Geheimdienstes nicht widersprechen?***

Selbstverständlich. Denn Transparenz von Geheimdiensten – das ist ein Widerspruch in sich. Alle Bestrebungen, Geheimdienste transparenter und kontrollierbar zu machen, sind bislang gescheitert, weil sie deren Geheimsubstanz unangetastet lassen. Deshalb geht es auch bei den aktuellen Reformbemühungen nach den Skandalen nur um den Versuch, die Geheimdienste als solche zu retten und mit Modernisierungs-, Image- und Vernetzungsmaßnahmen das gehörig erschütterte Vertrauen der Bevölkerung zurück zu erobern. Die problematischen Geheimstrukturen bleiben dabei vollkommen verschont, sie werden sogar noch ausgebaut.

***Sie fordern eine Abschaffung der Geheimdienste. Was ist Ihre Alternative?***

Mit bloßen Reformen ist es jedenfalls nicht getan. Spätestens nach dem grandiosen Versagen in Sachen NSU/VS und den NSA-BND-Skandalen sollte klar geworden sein, dass solche freiheitsschädigenden, demokratiewidrigen Geheiminstitutionen zumindest rechtsstaatlich gezügelt, wenn nicht gar aufgelöst gehören – voll im Einklang mit der Verfassung, wonach etwa der „Verfassungsschutz“ keineswegs ein Geheimdienst sein muss.

Deshalb haben namhafte Bürgerrechtsorganisationen ein Memorandum vorgelegt, das die Auflösung des „Verfassungsschutzes“ fordert und begründet. Stattdessen könnten öffentlich kontrollierbare Dokumentations- und Forschungszentren die Rechtsentwicklung und andere Gefahren für Demokratie und Verfassung ohne gefährliche Methoden erforschen und erklären, dafür mit weit besseren diagnostisch-analytischen Fähigkeiten. Alles andere ist Sache von Politik und Zivilgesellschaft, im Fall von Gewalt und strafbaren Handlungen Sache von Polizei und Justiz.

Eine Gesellschaft gewinnt im Übrigen nicht dadurch an demokratischer Kraft, dass sie - auch extreme oder radikale - politische Positionen stellvertretend einer Ideologie- und Gesinnungsbehörde überstellt. Eine Gesellschaft gewinnt vielmehr dann an demokratischer Kultur, wenn sie sich offen und offensiv auch mit solchen Positionen auseinandersetzt, auseinander zusetzen lernt.

***Während unseres Interviews sind die grauenvollen Anschläge in Paris passiert. Hat sich dadurch in Ihrer Einschätzung der Geheimdienste etwas geändert und wie sind die politischen Reaktionen auf die Anschläge zu bewerten?***

Tatsächlich frage ich mich nach jedem großen Anschlag, ob nun alles anders geworden ist, komme allerdings immer wieder zur Erkenntnis, dass die politischen Probleme und Reaktionen im Spannungsverhältnis Freiheit und Sicherheit letztlich gleich geblieben sind - auch dieses Mal, trotz der Dimension des schrecklichen Massakers, trotz aller Betroffenheit und Trauer. Auch dieses Mal erleben wir wieder die altbekannten politisch-mediale Reflexe: Neben der Beschwörung „unserer westlichen Werte“ erschallt erneut der immer gleiche Ruf nach abermaligen Gesetzesverschärfungen, Polizei- und Geheimdienst-Aufrüstung, nach noch mehr Überwachung der Bevölkerung. Trotz ihrer Skandale, Ineffizienz und Demokratieunverträglichkeit erhalten gerade Geheimdienste wieder enormen Auftrieb. Insgesamt eine fatale Aufrüstungsdynamik mit hohem Gewaltpotential, bedrohlicher Kriegsrhetorik bis hin zu völkerrechtswidrigen Militäreinsätzen in Syrien.

Selbstverständlich sind Regierungen und Sicherheitsbehörden verpflichtet, Mittäter und Hintermänner von Anschlägen zu ermitteln und mit geeigneten - aber angemessenen - Maßnahmen für Sicherheit zu sorgen. Doch kaum jemand fragt in solch angsterfüllten Zeiten nach den Ursachen des Terrors, nach den katastrophalen Folgen der bisherigen Art von Terrorbekämpfung seit 9/11, nach dem Preis dieser Angst- und Aufrüstungspolitik. Nur wenige erkennen, dass verschärfte Sicherheitsgesetze, Überwachungsmaßnahmen, Ausnahmezustand und Krieg gerade jene Werte

verletzen, die es zu erhalten gilt: Demokratie und Bürgerrechte, Freiheit und Offenheit. Außerdem gerät in Vergessenheit, dass es weder in einer hochtechnisierten Risikogesellschaft noch in einer offenen und liberalen Demokratie absoluten Schutz vor Gefahren geben kann - schon gar nicht vor solch heimtückischen Anschlägen auf „Weichziele“ des Alltags, wie in Paris.

***Also stellt sich die Frage, ob hier allein mit herkömmlichen Antiterror-Methoden etwas zu bewerkstelligen ist?***

Solange die Ursachen des modernen Terrors und der zugrunde liegenden menschenverachtenden Ideologie nicht bekämpft und die fatalen Folgen des eigenen Antiterrors nicht bedacht werden, wird sich nichts nachhaltig ändern. Davon ist leider nur selten die Rede, obwohl gerade hier dringend anzusetzen wäre. Schließlich spielte der Westen - Europa, an vorderster Stelle die USA - eine desaströse Rolle gerade im Mittleren Osten - mit Hunderttausenden toter Zivilisten seit 9/11. Dort wirft die „westliche Wertegemeinschaft“ für eigene geopolitische, ökonomische und militärische Interessen nicht selten die so hochgehaltenen eigenen Werte über Bord. Mit ihren Einmischungen, Wirtschaftssanktionen, Waffenexporten, völkerrechtswidrigen Angriffs- und mörderischen Drohnenkriegen ist der Westen zumindest mitverantwortlich für die Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen, für massenhaftes Elend, Folter und Tod, den Zerfall ganzer Staaten - letztlich auch für die Entstehung der IS-Terrormiliz. Wer mit solchen Interventionen eine ganze Region zerstört, erntet früher oder später selbst Terror und Krieg, auch bei sich zuhause in Europa, in den USA. Und in dieser Mitverursachung von Terror und Krieg liegt auch die politische Mitverantwortung dafür, dass Hunderttausende, ja Millionen Menschen aus diesen betroffenen Regionen in die Flucht getrieben werden.

Ohne Stopp von Kriegseinsätzen und Waffenexporten, ohne starke Hilfen zur Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Heimatländern der Geflüchteten, den Flüchtlingslagern und Banlieues wird es weder Fortschritt noch Frieden geben.

**Dr. Rolf Gössner** ist Anwalt, Publizist und Vorstandsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte ([www.ilmr.de](http://www.ilmr.de)). Mitherausgeber des "Grundrechte-Reports. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland". Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren. Autor zahlreicher Bücher; zuletzt: *Menschenrechte in Zeiten des Terrors*, 2007; *Geheime Informanten. V-Leute des Verfassungsschutzes: Neonazis im Dienst des Staates*, akt. Neuaufl. als e-book 2012; „*Mutige Aufklärer im digitalen Zeitalter*“, 2015. Stand vier Jahrzehnte unter Beobachtung des „Verfassungsschutzes“ – grundrechtswidrig, so das Verwaltungsgericht Köln 2011. Miterstatter der Strafanzeige von Bürgerrechts- und Datenschutzgruppen gegen Bundesregierung und Geheimdienste wegen Massenüberwachung der Bevölkerung (2014). Auszeichnungen: Theodor-Heuss-Medaille, Kölner Karlspreis für engagierte Literatur, Bremer Kultur- und Friedenspreis.

*Fotoğraf: © Dirk Ingo Franke*

## Perspektif

1995 yılından beri yayımlanmakta olan Perspektif dergisi Avrupa’da Türkçe yayın yapan aylık bir haber-yorum dergisidir. Perspektif, okur kitlesini Avrupa’daki İslam ve Müslümanlara dair haberlerle bilgilendirir, yaşanan ülkelerde hayatın tüm alanlarına katılımı teşvik eder.

© 2015, *Perspektif Dergisi*. Tüm hakları saklıdır.

Türkische Version unter <http://www.perspektif.eu/hukuk-devletinde-isler-boyle-yurumez/>